

---

## Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 6  
Datum 24. August 2011

---

52 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Postulat Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Energiestadt-Gold dank Stromsparen"; Erheblicherklärung**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Postulant hat das Wort.

Christoph Merkli, GFL: Die GFL Fraktion ist von der Antwort und des Antrages des Gemeinderates enttäuscht. Als Energiestadt welche das Goldlabel erhalten möchte, müsste für das Stromsparen und die Förderung von erneuerbaren Energien mehr unternommen werden als dies heute der Fall. Das entspräche nicht nur den Zielsetzungen des Gemeinderates selber, sondern auch des Bundesrates und des Nationalrates, welche aus der Atomenergie aussteigen möchten. Das ist nur möglich mithilfe engagierter Massnahmen beim Stromsparen und zusätzlicher Produktion von nachhaltigem Strom. Das ist offensichtlich. Zu den einzelnen Anliegen des Postulates möchte ich ein paar Worte sagen. Zuerst zum Stromverbrauch von Liegenschaften und Apparaten: Bei den gemeindeeigenen Liegenschaften ist in den letzten neun Jahren der Stromverbrauch um drei Prozent gestiegen, gegenüber dem Gesamtenergieverbrauch der Schweiz, welcher um zehn Prozent gestiegen ist. Dies konnte man in der Antwort des Gemeinderates lesen. Das ist grundsätzlich erfreulich. Nur bin ich der Ansicht, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden. Was hat der Gesamtenergieverbrauch eines Landes mit dem Energieverbrauch mit dem Energieverbrauch von einzelnen Liegenschaften in der Gemeinde Zollikofen zu tun? Das sind ganz andere Bezugsgrössen. Die wirklich relevante Grösse ist die Liegenschaft selber. Und hier ist wirklich relevante Frage: Wie kann man den Energieverbrauch jeder einzelnen Liegenschaft senken? Diese Frage beantwortet der Gemeinderat nicht. Hier gäbe es mit Sicherheit entsprechende Möglichkeiten. Zum Beispiel durch den Ersatz von ineffizienten Geräten, so wie wir dies im Postulat auch vorschlagen. Zum zweiten Punkt, den Umwälzpumpen. Hier muss man sich bewusst werden, dass Umwälzpumpen und Kochherde die wichtigsten Stromverbraucher bei uns sind. Von einem Energiefachmann habe ich mir sagen lassen, dass der Ersatz einer solchen Pumpe, eine Einsparung von rund 70 % bringt. Das sind ca. 50 Watt. Eine solche Pumpe läuft rund ein halbes Jahr pro Kalenderjahr. Gehen wir einmal von 4'000 Stunden aus. Das heisst, die Einsparung beträgt rund 200 kWh pro Jahr. Die Gemeinde Münsingen hat Fr. 100.00 an jede ersetzte Pumpe bezahlt. In nur einem Kalenderjahr kostet eine eingesparte kWh 50 Rappen, was in etwa den Produktionskosten von Solarstrom entspricht. Umwälzpumpen laufen aber viel länger. Das heisst, es könnten erwartungsgemäss mehrere Betriebsjahre eingespart werden. Die von der Gemeinde aufgewendeten Fr. 100.00 verteilen sich dadurch auf mehrere Jahre und der eingesparte Strom wird immer billiger. Auf jeden Fall günstiger als die Produktion von Strom aus erneuerbarer Energie. Das heisst ganz einfach, dass die Subventionierung von neuen Umwälzpumpen ist die günstigste Art um Ökostrom zu produzieren. Ob die Hauseigentümer bei einer solchen Aktion mitmachen oder nicht ist vor allem eine Frage der Kommunikation. Die hundert ersetzten Pumpen in Münsingen sind auf jeden Fall nicht Nichts und würden erst noch Punkte in der Energiestadt-Bewertung geben. Zum dritten Punkt, den Strassenbeleuchtungen. Hier freut es mich zu lesen, dass bei den Strassenbeleuchtungen jeweils die energieeffizienteste Technologie eingesetzt wird. Der Gemeinderat beantwortet aber die Frage nach der Abschaltung von Laternen und Schaufensterbeleuchtungen in der Nacht nicht. Hier wäre allenfalls Stromsparen möglich, ohne dass es jemanden stören würde. Viertens, zur Förderung des Ökostroms: Auch in diesem Punkt freut es mich

natürlich zu lesen, dass die Gemeinde bereit ist, Gesuche und zinslose Darlehen wohlwollend zu prüfen. Wir finden aber, dass die Gemeinde hier allzu zurückhaltend ist. Warum setzt sie sich nicht aktiv dafür ein, dass auf jedem grösseren Gebäude der Gemeinde Photovoltaik-Anlagen entstehen? Warum setzt sie sich beispielsweise nicht dafür ein, dass auf dem Geisshubelschulhaus, welches renoviert werden soll, eine solche Anlage entsteht? Warum geht sie nicht so weit wie die Stadt Biel, welche gerade beschlossen hat einen Kataster über sämtliche Gebäude der ganzen Stadt zu erstellen, ob man Solarenergie erzielen kann oder nicht. Somit komme ich zum Fazit: Die Gemeinde will das Goldlabel des Vereines Energiestadt. An der letzten GGR – Sitzung hat unser Gemeindepräsident gesagt, dass man über die Zielerreichung im Moment noch nichts sagen kann, weil die europaweiten Bewertungsrichtlinien überarbeitet werden. Tatsache ist, dass beim letzten Audit die Punktzahl nur gehalten werden konnte. Wenn man davon ausgeht, dass die Richtlinien wahrscheinlich noch strenger werden nicht milder, wird klar, dass die Gemeinde mehr machen muss als dies heute der Fall ist um das Goldlabel zu erreichen. Unser Postulat will ja genau das. Die Antwort des Gemeinderates ist zu zurückhaltend und zu abwartend. Man darf auch nicht vergessen, dass Sparen von Energie und Förderung von erneuerbaren Energien mehr ist als eine Label – Frage, sondern eine Frage der Kosten, der Lebensqualität, der Nachhaltigkeit und eben auch des Images einer Gemeinde. Zum Schluss noch ein politischer Hinweis: Dies ist der erste Vorstoss welcher vom Gemeinderat beantwortet worden ist, nachdem der Bundesrat den Atomkraftausstiegs – Entscheid beschlossen hat. Daher müsste man erwarten können, dass dieser Entscheid nicht so ausfällt, als wäre dies gar nicht geschehen. Ich bitte das Parlament das Postulat in dieser Form erheblich zu erklären.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Dass der Postulant enttäuscht ist, verstehe ich nicht und der Gemeinderat auch nicht. Und wenn man schon mit Zahlen der Gemeinde Münsingen jongliert, dann bitte ich Herrn Merkli auch mit den richtigen Zahlen zu jonglieren. Münsingen hat nicht Fr. 100.00, sondern pro Umwälzpumpe Fr. 350.00 bis Fr. 400.00 subventioniert. Das ist der erste Punkt. Darum war sich der Gemeinderat auch einig, dass die finanziellen Förderungsprogramme in diesem Punkt bezüglich Aufwand und Ertrag in einem grossen Missverhältnis stehen. In Münchenbuchsee wurden Fr. 100.00 gesprochen und dort waren 20 Personen bereit die Umwälzpumpen umzufunktionieren. Aus all diesen Gründen schlägt euch der Gemeinderat vor, das Postulat nicht erheblich zu erklären, da gewisse Massnahmen welche der Postulant fordert, zum Teil bereits umgesetzt sind oder noch umgesetzt werden. Es heisst nicht dass wir nichts machen, im Gegenteil, wir machen in diesem Bereich sehr viel. Ich bitte Herrn Merkli noch einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass wenn man mit Zahlen jongliert auch die richtigen Zahlen verwendet.

Präsident: Wir kommen zu den Fraktionen, wer wünscht das Wort?

Markus Dietiker, SP: Wir zweifeln nicht daran, dass Zollikofen Strom spart und ihre Rolle als Vorbild wahrnimmt. Die SP Fraktion ist aber der Meinung, dass zusätzliche Massnahmen im Bereich zur Förderung im Energiesparen sicher nicht schaden können. Wir möchten deshalb diesem gut vorbereiteten Postulat von Christoph Merkli zustimmen und dieses als erheblich erklären lassen.

Präsident: Weitere Fraktionsmeinungen.

Peter Bähler, SVP: Energie sparen, Energie effizient einsetzen und nicht vergeuden ist ein Ziel und ein Prinzip, gegen welches nichts einzuwenden ist. Doch diese Prinzipien sollte man nicht nur auf die Energie begrenzen. Alle Ressourcen, über welche wir verfügen, müssen wir sparsam einsetzen. Zum Beispiel Wasser, Rohstoffe, Erdöl, den Boden und auch die Finanzen muss man nachhaltig bewirtschaften. Das Postulat, über welches wir entscheiden müssen, konzentriert sich einseitig auf die Elektrizität. Bei der Ausgangslage wird bereits quasi als Basis erwähnt, dass sich 47 % der Stimmenden in Zollikofen gegen ein neues AKW aus-

gesprächen haben. 47 % sind eine Minderheit. Ich weiss, aus der noch gar nicht so langen Geschichte, dass die GFL Mühe hat, demokratische Mehrheitsentscheide zu akzeptieren. Doch, dass sie sogar Minderheitsentscheide in eine Mehrheit umwandelt, das finde ich doch ein wenig übertrieben. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort das Postulat abgehandelt. Die SVP kann diesen Ausführungen vollumfänglich folgen. Darum werden wir dieses Postulat nicht als erheblich erklären. Es kann nicht sein, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, dass wir Steuergelder für Umwälzpumpen an Hauseigentümer verteilen, für Aufwendungen, welche sie dann gleichzeitig noch den Steuern abziehen können. Oder ist das wirklich die neue rot-grüne Finanzumverteilungspolitik? Zollikofen hat im Bereich der Energieeffizienz als Gemeinde ihre Möglichkeiten, wenn sie sich geboten haben, immer gut genützt. So sind die Neubauten und Sanierungen der Gemeindebauten zu erwähnen, der Ersatz der Strassenbeleuchtung ist bereits erfolgt. Ebenso schaut sie beim Kauf von Maschinen und Geräten auf diesen Punkt und diesen Weg unterstützt die SVP und diesen soll man auch weiterverfolgen. Mit dieser Vorreiterrolle, welche die Gemeinde hat, können wir auch private Investoren überzeugen. Wir sind zufrieden, wenn es in Zollikofen nur grüne Bauherren gibt und dies auch so umsetzen. Zudem gibt es nicht nur auf der Gemeinde, sondern auch noch weitere private Beratungsstellen. Die SVP will kein Energiestadt – Goldlabel, koste es was es wolle. Die Umverteilung schafft nur Fehlanreize. Wir wollen keine kommunalen Subventionen. Wir finden es auch schlecht, was zum Teil in anderen Gemeinden geschieht: Dass Leute beim Investieren in Bauten, Photovoltaik – Anlagen auf ihren Dächern installieren wollen, der Postulant hat dies vorhin angesprochen und anschliessend unter dem Vorwand der Ästhetik, der Denkmalpflege etc., einen Korb vom Kanton erhalten. Dies würde der Energiestadt Zollikofen schlecht anstehen, wenn dies vorkommen sollte. Auch der Kanton hat nicht gerade gegläntzt. Er hat nämlich in diesem Sommer im Gebiet der Rütli ein Dach versetzt. Er hat aber keine Solaranlagen oder Photovoltaikanlagen installiert. Warum weiss ich nicht aber es ist einfach schade. Hier besteht noch Handlungsspielraum. Blockiert nicht die Privaten, wenn diese etwas realisieren wollen. Man muss hier den Hebel ansetzen, damit das Umfeld stimmt. Darum lehnen wir das vorliegende Postulat ab.

Präsident: Weitere Fraktionen, welche sich äussern wollen?

Markus Lötscher, FDP: Von einer guten Energiestrategie erwarten wir unter anderem, dass sie zeigt, wo und wie in der Gemeinde Energie gespart werden kann, welche Möglichkeiten für alternative Energien bestehen aber auch wo es Innovationspotential hat und welche Optionen für ein Zusammengehen mit den Nachbargemeinden bestehen. Am 24. März letzten Jahres hat der GGR eine Motion von Bruno Vanoni als Postulat an den Gemeinderat überwiesen und damit den Gemeinderat aufgefordert, das Umweltkonzept der Gemeinde Zollikofen zu überprüfen und zu erneuern. Das Umweltkonzept umfasst verschiedene Teilbereiche, darunter auch die Energie. Im Konzept werden die Aufgaben der Gemeinde beschrieben, der Ist und Soll-Zustand dargestellt und Massnahmen aufgeführt. Am 13. April dieses Jahres hat der GGR wieder eine Motion von Bruno Vanoni als Postulat an den Gemeinderat überwiesen. Darin wird der Gemeinderat unter anderem aufgefordert, eine Energiestrategie auszuarbeiten. Ausgehend von diesem doppelten Auftrag an den Gemeinderat zum Thema Energie ist es nicht nachvollziehbar, warum ein weiterer Vorstoss eingebracht wird. Es kann sich eigentlich nur um wahltaktische Gründe handeln. Solche sich wiederholende Vorstösse ohne neue Substanz verbrauchen aber sinnlos Ressourcen beim Gemeinderat, bei der Verwaltung und beim GGR. Und sie stehen sicher nicht im Einklang mit der Forderung nach Einsparungen. Die Energiefrage stellt uns vor grosse Aufgaben, das ist klar. Energiesparen ist eine Massnahme von der man viel erhofft. Leider sind bis jetzt aber häufig die Einsparungen mit zum Beispiel effizienteren Techniken durch einen Mehrverbrauch in anderen Bereichen wieder ausgeglichen worden. Denken wir nur an die boomende Informations- und Kommunikationstechnologien aber auch an häufig gelobte Innovationen wie das "E-Bike", das stromfressende Velo. Auch den Unterzeichnenden des Postulats ist es offensichtlich schwer gefallen Beispiele zum Energiesparen zu finden. Ist doch Punkt 3 des Postulats im Wesentlichen schon in Punkt 1 enthalten. Und Punkt 4 schneidet das Thema alternative Energien an, was nichts zu tun hat mit Stromsparen. Die Herausforderungen sind in der Tat gewaltig. Es

bräuchte gemäss den Angaben im Postulat eine 77-fache Leistungssteigerung des Solarkraftwerkes Zollikofen oder 116 Kleinwasserkraftwerke, um den aktuellen Jahresverbrauch der gemeindeeigenen Gebäude zu decken. Angesichts von den schon erteilten Aufträgen bezüglich Energiekonzept und dem darin enthaltenen Energiesparen, sieht die FDP Fraktion keinen Grund, das Postulat Merkli als erheblich zu erklären. Sie erwartet aber vom Gemeinderat eine zukunftsgerichtete Energiestrategie und zügiges Vorwärtsgen.

Susanne Meierhans, CVP: Natürlich ist es auch für uns von der CVP ein wichtiges Anliegen, möglichst viel Energie zu sparen und erneuerbare Energien zur Schonung der kostbaren Ressourcen und zum Schutz der Umwelt zu nutzen. Auch uns liegt das Ziel am Herzen in absehbarer Zeit das Energiestadt-Goldlabel zu erreichen. Bei diesem Postulat fehlt uns einerseits die Nachhaltigkeit. Es rennt offene Türen ein und es lässt, wie bereits erwähnt, die Möglichkeit anderer Technologien, wie man Energie sparen kann, aussen vor. Wir wissen, dass in den Kommissionen bei Vergaben der Aspekt der Verträglichkeit geprüft wird und dass auch neuste Technologien berücksichtigt werden. Diese Überlegungen fliessen dann regelmässig auch in das Budget ein. Wir haben das Gefühl, dass dieses Postulat der falsche Weg ist und lehnen die Erheblicherklärung ab. Wir erwarten aber weiterhin vom Gemeinderat, dass er sich dafür einsetzt, dass die Gemeinde Zollikofen so rasch als möglich das Goldlabel der Energiestadt erreichen kann.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte noch einmal etwas aus Sicht der GFL Fraktion sagen. Eine Vorbemerkung: Ich besuchte gestern Abend einen Vortrag des energiepolitischen Sprechers der Grünen im deutschen Parlament. Dieser zeigte eine Landkarte von Deutschland. Auf dieser Landkarte waren Gemeinden und Landkreise eingezeichnet, welche sich dazu bekennen, in den nächsten 20 Jahren ihren Strombedarf vollständig zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu decken. In Bayern sind dies beispielsweise Gemeinden, welche von der CSU beherrscht sind, also einer durchaus bürgerlichen Partei. Als ich dies gestern hörte und nun die Aussagen heute hier im Parlament höre, dann sind dies zwei Welten, welche für mich auseinanderklaffen. Ich stelle einfach fest, dass in Deutschland, auch seitens der bürgerlichen Regierung, viel mehr möglich ist in Bezug auf Förderung von Energiesparen und erneuerbaren Energien, als man in der Schweiz behauptet es sei möglich. Ein Richtmass, welches allenfalls das Parlament interessieren könnte ist, dass die Unternehmen, welche in der Energieagentur der Wirtschaft zusammengeschlossen sind, es geschafft haben, in den letzten Jahren 10 % des Stromes einzusparen, obwohl sie wirtschaftlich prosperiert haben. 10 % einsparen, das müsste doch eine Zielsetzung sein und nicht, dass man sagt eine 3 prozentige Steigerung sei schon sehr gut. Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung oder eigentlich eine persönliche Erklärung nach dem Ratsreglement: Ich finde es unerhört was Peter Bähler gesagt hat. Man wisse, dass die GFL Mühe habe demokratische Mehrheitsentscheide zu akzeptieren. Ich nehme nicht an, er spielt auf einen Kommissionsentscheid an, welcher vor einiger Zeit in dieser Gemeinde widerrechtlich gefällt wurde und anschliessend vom Regierungsstatthalter korrigiert wurde. Ich bitte Peter Bähler entweder Beispiele zu nennen, bei welchen wir demokratische Mehrheitsentscheide nicht akzeptiert haben oder sonst den Vorwurf zurück zu nehmen.

Präsident: Weitere Ratsvoten?

Hans-Peter Baumann, SVP: Ich kenne die Situation in Deutschland vor allem in Niedersachsen sehr gut. Ich muss euch mitteilen, dass die Massnahmen, welche dort umgesetzt werden wohl nicht in unser Konzept passen. Es werden grossflächig Futtermittel angebaut, welche dann in Biogasanlagen verarbeitet werden. Dies führt dazu, dass Monokultur wie Mais, Roggen etc. eingesetzt werden. Das ist ganz klar nicht die Politik der Schweiz und deshalb haben wir in diesem Bereich auch einen entsprechenden Rückstand. Dies gilt es zu berücksichtigen. Ich gebe zu, dass im Bereich Minergie grössere Anstrengungen unternommen worden sind. Aber in diesem Bereich sind in Deutschland auch weniger Konflikte bezüglich

Landschafts- und Heimatschutz auszumachen. Man muss diese Verhältnisse auf unsere Verhältnisse adaptieren.

Präsident: Letzte Wortmeldungen vor dem Schlusswort.

Heinz Buser, FDP: Eigentlich wollte ich nichts sagen aber Bruno Vanoni hat mich bezüglich Deutschland ein wenig aufgescheucht. Es gibt bereits zwei Gemeinden in Deutschland, eine in Bayern und eine in Baden-Württemberg, welche zu 100 % von Ökostrom leben. In keiner der beiden Gemeinden befindet sich ein Gewerbebetrieb, welcher Strom benötigt. In keiner der beiden Gemeinden befindet sich eine signifikante Anzahl von grösseren Mehrfamilienhäusern, sondern lediglich Einfamilienhäuser. Nun folgt das Problem: Im Winter von Mitte November bis Mitte Februar decken auch diese Gemeinden ihren Strombedarf nicht ökologisch selber. Sie decken ihren Strombedarf über das ganze Jahr gesehen, das stimmt. Aber im Winter müssen sie von irgendwoher ihren Strom beziehen. Somit sieht die Welt gleich anders aus. Im Postulat werden die 10'000 kWh Ökostrom des Kleinwasserkraftwerkes erwähnt. Hierbei handelt es sich lediglich um den Strombedarf von zwei bis drei 4 Personen Haushalten. Bei den 15'000 kWh Solarstrom handelt es sich um den Strombedarf von rund 4 Haushalten, sofern die Sonne scheint. Über das ganze Jahr gesehen würde dies den Strombedarf decken aber wenn die Sonne nicht scheint, muss man den Strom von anderswo einkaufen. Für solche Sachen ein Goldlabel zu vergeben, erscheint mir nicht sehr sinnvoll. Generell habe ich den Eindruck es spricht nichts dagegen wenn wir Energie sparen: Wärmedämmung, Solarpanel für Warmwasser und sogar für die Heizung, das ist alles sehr gut. Bei Solarpanels für Strom ist das nicht möglich. Wenn wir am meisten Strom brauchen, das ist im Winterhalbjahr, wird am wenigsten Solarstrom produziert. Die Solarindustrie beziehungsweise der Solarverband hat ein tolles Inserat mit folgendem Werbespruch kreiert: "Solarstrom wird dann am meisten produziert, wenn man am meisten braucht." Das stimmt im Sommer. Am Mittag wird am meisten Solarstrom produziert, am Abend etwas weniger. Im Winter stimmt dies überhaupt nicht. Im Gegenteil: Die Jahreskurve verhält sich genau entgegengesetzt. Im Winter ab 17.00 Uhr wird keine einzige kWh Solarstrom produziert und genau in diesen Zeitpunkt fällt die absolute Spitze des Stromverbrauches. Die Winterabendspitze ist höher als die Wintermittagsspitze. Ich habe 8 prominente Grüne, Herr Bäumlle, Herr Rechsteiner und andere angefragt, wie sie im Winter den Strom am Abend decken würden. Ist das Parlament der Ansicht eine dieser Personen habe mir eine Antwort geschickt? Dem ist nicht so. Niemand hat mir eine Antwort zukommen lassen. Dieses Problem ist schlicht nicht gelöst. Man vergisst immer, dass man Strom immer nur dann brauchen kann wenn er auch produziert wird. Zumindest ist das heute so. Er muss genau dann bereit stehen, wenn er auch gebraucht wird. Einzige Alternative dazu wären Pumpspeicherkraftwerke und wie die Grünen hierzu stehen, wissen wir alle hinsichtlich der Grimsel. Das ist die einzige speicherbare Form von Strom. Sonst gibt es nichts. Ich habe einen CEO eines grossen städtischen Energieversorgers, welcher im Bereich der grünen Energie sehr engagiert ist, genau zu dieser Problematik befragt. Er hat mir geantwortet, wenn er eine Lösung zu diesem Problem hätte, wäre er schon lange nicht mehr CEO dieses Werkes. Es gibt keine Argumente dagegen alle Möglichkeiten diesbezüglich auszuschöpfen aber das Grundproblem können wir nicht lösen. Und die Aussage: Italien hat keinen Atomstrom, muss präzisieren. Italien führt 35 % ihres Stromes ein, weil sie ansonsten ihren Stromverbrauch nicht decken können. Der eingeführte Strom ist Kohlenstrom und nicht Atomstrom. Österreich muss 20 % Strom einführen, ein Teil davon ist Atomstrom. Die Liste liesse sich beliebig weiter führen. Deutschland hat nun AKW's abgeschaltet und hat im Gegenzug Kohlenkraftwerke hochgefahren. Und dies noch zum Schluss: Die deutschen Kohlenkraftwerke stossen fast doppelt so viel CO<sub>2</sub> aus wie der ganze deutsche Strassenverkehr. Das grösste deutsche Kohlenstromkraftwerk produziert genau halb so viel CO<sub>2</sub> wie die ganze Schweiz. Man muss also sehr wohl überlegen wo und wie man welche Energie und vor allem auch zu welchem Zeitpunkt bezieht. Meine Meinung zu diesem Postulat habe ich somit auch klar ausgedrückt.

Präsident: Bevor wir nun zum Schlusswort des Gemeinderates kommen frage ich noch einmal ob noch Wortmeldungen gewünscht werden.

Peter Bähler, SVP: Ich möchte mich noch kurz dazu äussern worin mich Bruno Vanoni angesprochen hat. Hier geht es nicht um einen Vorfall in Zollikofen, dieser ist für mich abgeschlossen. Es geht um die Beschwerde welche im Zusammenhang wegen 300 Stimmen auf Kantonebene geführt worden ist. Hier unterstellt man den Gemeinden, sie haben falsch gezählt.

Toni Oesch, FdU: Bevor die Abstimmung über die Erheblicherklärung des Postulates stattfindet, möchte ich Herrn Merkli fragen, was er zu den Vorwürfen von Herrn Funk betreffend der Zahlenjongliererei sagt? Noch zum Formellen: Man hat jetzt wieder gesehen, dass bei den Fraktionen zwei bis drei Personen sprechen können, das macht rund 20 Minuten. Wenn einer alleine spricht, wird er nach 10 Minuten angewiesen, aufzuhören. Dies zur Kenntnisnahme. Herr Merkli hat zweimal das Wort "sagen" gebraucht: Es sei ihm gesagt worden. Deshalb sage ich es noch einmal. Statt zu sagen: "Steter Tropfen höhlt den Stein", kann man sagen: "Stetes Sagen höhlt den Baum oder den Stein." Deshalb stimme ich der Erheblicherklärung zu. Man kann immer etwas versuchen oder auch lange Vorträge halten wie der Freisinn. Wir haben heute noch ein AKW-Geschäft zu behandeln. Ihr habt gezeigt, wo ihr etwa steht, indem ihr der Dringlichkeit nicht zugestimmt habt. Letztes Mal wurde Fukushima erwähnt. Seit diesem Vorfall hat sich einiges geändert und das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Es gibt also nicht nur im Bundesrat ein Umdenken, sondern auch im Volk und das müssen wir berücksichtigen.

Christoph Merkli, GFL: Ich werde diese Frage beantworten. Es tut mir leid, wenn diesbezüglich Irritationen entstanden sind. Es ist tatsächlich so, dass die Gemeinde Münsingen Fr. 100.00 bezahlt hat und Fr. 250.00 sind vom Unternehmer, welcher die Pumpen verkauft hat, bezahlt worden. Zusammen ergibt dies Fr. 350.00 und somit geht die Rechnung auch auf. Wenn ich schon hier stehe möchte ich noch zwei, drei andere Bemerkungen über das bereits Gesagte loswerden. Es ist richtig, dass bei der Abstimmung 47 % der Stimmenden in Zollikofen für die Abschaffung des AKW Mühleberg gestimmt haben. Aber dies war vor dem Unfall in Fukushima. Mittlerweile gehen wir davon aus, dass es mehr sind. Die Beispiele von Peter Bähler betreffend der Solardächer, bei welchen der Denkmalschutz dagegen ist und nun der Kanton auf der Rüti selber Solardächer vergisst oder aus anderen Gründen dagegen ist, sprechen meines Erachtens genau dafür, dass man ein solches Postulat erheblich erklären sollte.

Präsident: Wir kommen zum Schlusswort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich habe eigentlich nicht mehr viel zu sagen. Was ich betreffend der Kohlenkraftwerke in Deutschland sagen wollte, wurde bereits gesagt. Bezüglich der Fr. 350.00 habe ich recht gehabt, vielen Dank Herr Merkli, dass Sie das bestätigen konnten. Ich bitte das Parlament noch einmal, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Präsident: Ich habe vorhin Markus Burren übersehen. Da dies mein Fehler ist, gebe ich Herrn Burren das Wort.

Markus Burren, SVP: Nicht nur der Kanton vergisst Solaranlagen. Wenn ein Einwohner von Zollikofen eine Solaranlage bauen will und dies der Denkmalschutz oder der Kanton verhindern, bereitet mir ein wenig Mühe. Es hätte sicher eine grössere Anlage realisiert werden können. Es gibt hier Gegensätze. Manchmal wird genau von der gleichen Stelle gefordert, man soll etwas tun und anschliessend wird es von der gleichen Stelle wieder verhindert. Noch zu den Umwälzpumpen: Diese kann jeder selber austauschen und müssen nicht unbedingt subventioniert werden. Ausserdem möchte ich schon einmal festgestellt haben, dass in diesem Saal nicht 4 Bürger sitzen, welche ein Minergiehaus besitzen. Aber es wird immer gefordert. In der entsprechenden Baubewilligung kann man davon aber nichts erkennen, es wird nur das Minimum realisiert.

Präsident: Somit schliessen wir die Diskussion und kommen zur Abstimmung über die Erheblicherklärung des Postulats.

**Abstimmung:**

**Das Postulat Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Energistadt-Gold dank Stromsparen" wird mit 19 zu 13 Stimmen nicht erheblich erklärt.**

---

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE